

Zu kritisch Wolf Biermann, Gründer des Studiotheaters, wird zur Wiedereröffnung des „bat“ nicht eingeladen **Seite 3**

Zu teuer Facebook wehrt sich dagegen, für Hasskommentare seiner Nutzer verantwortlich gemacht zu werden **Politik S. 5**

Zu eigen Immer mehr junge Frauen lassen Operationen an ihrer Vulva vornehmen. Damit sie „normaler“ ist **Kultur S. 14/15**

Partner des Guardian

1. Juni 2017
Ausgabe 22
Deutschland 3,95 €
Ausland 4,25 €

der Freitag

Das Meinungsmedium

„Es brodelt im deutschen Sozialstaat“

Steve Hartig

Politik Die Community diskutiert Kinderarmut in Deutschland

»freitag.de/community



Kampf ums Geld

Diese Frage entscheidet die Wahl: Investitionen für alle? Oder Steuersenkungen für die Mitte? **s. 6/7**

Grenzen des Sagbaren

Kirchentag Merkel und Obama. Viele Medien schwärmten vom „Dream-Team“, das Tausende in Berlin begeistert habe

■ Daniela Dahn

Was kommt heraus, wenn sich der immer noch einflussreiche und bis vor kurzem mächtigste Mann und die mächtigste Frau der Welt vor 70.000 Zuhörern über den Zustand ebendieser Welt unterhalten? Die Fragen des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche, Heinrich Bedford-Strohm, und vor allem der Jugendlichen waren erfreulich herausfordernd und substanzvoll. Angela Merkel wirkte angespannt, ihre wohl als Lockerungsscherz gemeinte Bemerkung, noch vor Luther sei Kolumbus gewesen und schon „damals begannen unsere guten Beziehungen zu Amerika“, war ein Fauxpas. Was damals begann, waren Unterwerfung und Massakrierung der indigenen Bevölkerung. Barack Obama überging es, gewohnt charmant. Er sei sehr stolz auf seine Präsidentschaft. Er wies hoffnungsvoll darauf hin, dass die Menschen dieser Welt nie besser gebildet waren als heute. Warum aber Bildung und Irrationalität sich so gut vertragen, blieb offen.

Auf die Frage, ob denn die maßlosen Rüstungsausgaben angesichts des schrecklichen Hungers und Elends auf der Welt vertretbar seien, antwortete Obama kirchentagsgerecht: Es gäbe genug für alle, wenn man den richtigen sozialen Vertrag zustande brächte. Auch wünschte er, dass Atomwaffen völlig aus der Welt verschwinden würden, die Notwendigkeit von Militärbündnissen müsse zurückgedrängt werden (bis sie „obsolet“ sind?), Teile des Budgets sollten für Diplomatie genutzt werden. Das brachte Beifall. Ohne Nachfrage blieb, weshalb auch in Obamas Amtszeit die Militärausgaben massiv aufgestockt wurden – und die riesige Kluft zwischen Arm und Reich weiter wuchs. Was an die Wurzel ge-

gangen wäre: Wie viel Einfluss hat der angeblich mächtigste Mann der Welt, wenn er ein Konzept vertritt, das den Wirtschaftsbossen nicht passt? Wie ist das mit dem Primat der Politik in der Demokratie?

Merkel versuchte sich an einem Beispiel für einen gelungenen Militäreinsatz: Den durch den IS in ihrer Existenz bedrohten Jesiden im Nordirak konnte durch westliche Unterstützung der kurdischen Peshmerga geholfen werden. „Ich war dankbar, dass militärische Fähigkeiten da waren, die verhindern haben, dass ein Volk vernichtet wird.“ Die alte Mär, Militär, dein Freund und Helfer, besonders als Verhinderer von Völkermord. Dass die Jesiden nie bedroht worden wären, wenn die USA durch Krieg und Besatzung im Irak den Homunkulus IS nicht erst gezeugt hätten, blieb ebenso unerwähnt wie der Umstand, dass man mit den Peshmerga die Falschen auferüstet hat. Nicht sie haben den IS am entschiedensten bekämpft, sondern die lokale kurdische PKK, darunter viele Jesiden. Die aber werden inzwischen fatalerweise mit deutschen Waffen von den Peshmerga und dem NATO-Partner Türkei angegriffen. Was Merkel hier verbreitete, würde man heute alternative Fakten nennen, wenn das gute Wort Alternative nicht zu schade dafür wäre.

Die Wähler lassen zu viel an Beschönigung durchgehen

Ob es nicht unverantwortlich sei, so die beherzte Frage, so viele Menschen im Mittelmeer sterben zu lassen? Sofort schob Merkel alle Schuld auf die Schlepper, denen das Handwerk zu legen sei. Das ist, als ob ein Kind die Hände auf die Augen legt und sagt: Such mich! Mich, den Kern des Problems. Der so unübersehbar in den vom

Westen mitverantworteten Zuständen in den Fluchtländern liegt – der Not, dem Interventionsimperialismus, den Naturkatastrophen. „Die Gegner wollen unsere Art, zu leben, zerstören“, beklagte Merkel und verschwieg Gründe dafür. Allein, was die Industriestaaten für ihren Lebensstil an Kohle und Öl verbrennen, ist die Hauptursache dafür, dass jährlich über 20 Millionen Menschen aus den ärmsten Ländern wegen extremer Temperaturen, Fluten und Stürme ihre Heimat verlassen müssen. Das belegt die jüngste Greenpeace-Studie „Klimawandel, Migration und Vertreibung“.

Da ist ganz anderen „das Handwerk“ zu legen als den Schleppern, die die eigennützig, also marktwirtschaftliche Dienstleistung für einen durch und durch verständlichen Bedarf anbieten. Obama immerhin sprach von „der Verbesserung der Situation in den Ländern“ als der wirksamsten Methode, Leben zu retten. Konnte er selbst von dieser Methode Gebrauch machen? Wohl kaum, weil er damit gegen die kapitalistische Funktionslogik verstoßen hätte: andere übervorteilen, in die Knie zwingen und ausbeuten, um selbst bessere Überlebenschancen zu haben.

Emphatischen Beifall erhielt die Frage, weshalb gut integrierte Migranten, etwa aus Afghanistan, abgeschoben würden, obwohl alle wollen, dass sie bleiben. Die Kanzlerin sprach vom „Dilemma der Kluft zwischen christlichem Mitgefühl und Realpolitik“. Aber wenn in rechtsstaatlichen Verfahren festgestellt worden sei, dass es keinen hinreichenden Grund zum Bleiben gäbe, dann müssten Geflüchtete denen den Vorrang lassen, die uns wirklich bräuchten. Als ob das durch bürokratische Vorschriften so klar festzustellen wäre. Auf der christlichen Seite verteidigt Merkel tapfer ihre Ablehnung einer Obergrenze, realpolitisch öffnet sie eine Abschiebetür, durch die alle müssen, die den Neuankommelingen Platz schaffen sollen. Praktisch läuft das auf eine Obergrenze hinaus. Merkel und Obama, das war zweifellos eine aufschlussreiche Begegnung. Auch was die Grenzen des Sagbaren und der Ehrlichkeit von Machthabern betrifft. Regierungsnahen Medien und Wähler lassen unkritisch Beschönigungen durchgehen.

Christian Füller über den Wechsel von Familienministerin Schwesig

Martin Schulz verliert nicht nur eine sehr wichtige Mitstreiterin, sondern sein Profil

Sie ist eine der Macherinnen der SPD. Manuela Schwesig hebt sich wohlthuend von den vielen Graumännern einer Partei ab, die nun seit mehreren Jahren als wackerer Mehrheitsbeschaffer der Union ihren Dienst tut. Schwesig hat weit über das normale Polit-Maß Engagement gezeigt: Sie nimmt Rechtsextremismus nicht achselzuckend als Folge von Entleerung ihres Bundeslandes hin; sie setzt sich dafür ein, dass sexualisierte Gewalt an Kindern nicht nur beklagt, sondern den Überlebenden wirklich geholfen wird. Manuela Schwesig nervt manchmal auch, weil sie an ihren Themen so beharrlich dranbleibt, dass es ständig Stress mit Chauvis aus der Union gibt.

Und diese Manuela Schwesig, 43 Jahre, geht nun als Ministerpräsidentin nach Schwerin. Herzlichen Glückwunsch, Meck-Pomm! Und herzliches Beileid, Martin Schulz. Der Kandidat verliert eine Angreiferin in seiner eh schon lahmen Kampagne ums Kanzleramt. Aber Schulz büßt nicht nur Schwesig ein, auch Katarina Barley wechselt den Job – sie wird Familienministerin. An die Stelle von Schwesig und Barley treten gewissermaßen Matthias Machnig und Hubertus Heil, zwei „Frogs“, Friends of Gerhard Schröder. Nicht, dass die beiden keine intelligenten Manager von Wahlkämpfen wären. Aber das besondere und eigene Profil von Martin Schulz als einem Sozialdemokraten, der glaubwürdig für die Abgehängten und die, wie er es ausdrückt, „hart arbeitenden Menschen“ kämpft, wird durch die beiden Wirtschaftspraxis Machnig und Heil nicht gestärkt, im Gegenteil. Wer ist denn nun eigentlich Herr im Willy-Brandt-Haus? Die beiden coolen alten Jungs, die ganz genau wissen, wie man Wahlkämpfe macht (und leider auch schon welche verloren haben)? Oder der Buchhändler und Bürgermeister aus Würselen, der Geist und Idee der großen alten Partei verkörpert – und der übrigens auch sehr

verständlich sozialdemokratisch sprechen kann?

Es war kein geplantes Manöver, das zu den Wechseln führte. Eine schwere Erkrankung des Schweriner Ministerpräsidenten Erwin Sellering, der sein Amt sofort niederlegte, löste die Rochade aus. Deswegen muss Schwesig in den Norden, sie kann dort für größere Aufgaben trainieren; deswegen kann man die fleißige, aber unerfahrene Barley ins Ministeramt wegloben; und deswegen ist der Platz frei für den klugen General Heil. Vielleicht braucht die Kampagne Schulz auch einen Neustart. Nur ist das, was nun kommt, eben kein Neustart.

Martin Schulz hat nicht nur wichtige Gesichter, die ihm bei Frauen im September Stimmen holen können, aus seinem Team verloren. Der Kandidat droht nun zugleich sein Gesicht zu verlieren. Er stand bisher für eine Politik, die sowohl die sozialdemokratischen Erfolge seit 1998 für sich reklamiert – als auch die Risse und Schlaglöcher einer Wohlstandsgesellschaft als Problem zur Kenntnis nimmt. Mit Machnig und Heil rückt wieder das solitäre „It's the economy, stupid“-Programm nach vorn. Das reicht aber nicht aus, um Bürgern den Strukturwandel zu erklären – und ihnen zugleich Hilfen darin anzubieten: Solo-selbstständige, die billige Projektlöhner einer brutalen Hightech-Digitalisierung sind. Sozial- und Bildungsarbeiterinnen, die mit miserablen Gehältern in der High-Touch-Branche ausgebeutet werden. Teilzeitbeschäftigte und Leiharbeiter, die schlecht abgesicherte Auswechselspieler atmender Industrien sind. Mit Machnig und Heil ist das alte Aufschwungs-Blabla der Blair-SPD zurück. Das ist nix Neues, dafür müssen wir nicht an die Urne gehen.



Hegelplatz 1
10117 Berlin
PVStk. A04188
Entgelt bezahlt